

Gesetzgebung des Bundes : was ändert sich? = Législation fédérale : quels changements? [Fortsetzung]

Autor(en): **Beyeler, Francis**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von
Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des
associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **108 (2017)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-857044>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesetzgebung des Bundes – was ändert sich?

Neuerungen für die Strombranche – Teil II | Welche Gesetze könnten oder werden sich 2017 ändern? Zweiter Teil der Übersicht.

TEXT FRANCIS BEYELER

Am 1. Januar 2017 traten auf Bundesebene rund 360 Gesetzes- und Verordnungsänderungen in Kraft. [1] Die Energiewirtschaft betreffen jedoch nur einzelne, geringfügige Änderungen, welche in einem ersten Teil [2] abgehandelt wurden. Dennoch könnte das Jahr 2017 in gesetzgeberischer Hinsicht ein Wendepunkt für die Branche sein, denn es stehen massgebliche Entscheidungen, beispielsweise die Abstimmung zum 1. Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 oder die Beschlüsse der Räte über die Strategie Stromnetze, bevor. Aus diesem Grund wird auch ein Blick in die nahe Zukunft geworfen und die wichtigsten bevorstehenden Weichenstellungen nun in einem zweiten Teil kurz in chronologischer Reihenfolge erläutert.

Totalrevision des Datenschutzgesetzes

Bereits kurz vor Ende des letzten Jahres wurde die Totalrevision des Datenschutzgesetzes bei den interessierten Kreisen in die Vernehmlassung geschickt. [3] Für die Branche ist dies besonders interessant, weil im Rahmen des 1. Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050 neu im Energiegesetz statuiert wird, dass auf die Datenbearbeitung im Zusammenhang mit intelligenten Mess-, Steuer- oder Regelsystemen das Bundesgesetz über den Datenschutz Anwendung findet. [4] Mit der Vorlage sollen einerseits die Schwächen des Datenschutzgesetzes behoben werden, die aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung entstanden sind, andererseits soll die Revision den Entwicklungen auf Ebene des Europarates und der Europäischen Union Rechnung tragen. [5] Eine Arbeitsgruppe mit Juristen aus Branchenunternehmen analysiert zurzeit

die zahlreichen Änderungen, insbesondere die Pflichten für die Unternehmen, und bereitet eine Stellungnahme zuhanden des Bundes vor. Gleichzeitig arbeitet eine technische Arbeitsgruppe beim VSE an einer Branchenempfehlung zur Datensicherheit bei Smart Metern.

Energiestrategie 2050

Am 21. Mai 2017 wird das Volk in einem Urnengang über das 1. Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 abstimmen, da das Referendum zustande gekommen ist. [6] Die Energiestrategie 2050, deren Startschuss der Bundesrat zwölf Tage nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima vom 11. März 2011 gegeben hatte, beinhaltet schwerwichtig Änderungen im Energiegesetz und wurde bereits oft thematisiert, weshalb vorliegend nur noch einmal die wichtigsten Eckpunkte aufgelistet werden. [7] Kernelement ist zunächst der

Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke. Diese dürfen so lange am Netz bleiben, wie sie von der Aufsichtsbehörde als sicher eingestuft werden, aber es dürfen keine neuen Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke erteilt werden. [8]

Daneben zollt das Gesetz dem Willen nach einem verstärkten Beitrag der erneuerbaren Energien zur Stromversorgung und einer erhöhten Energieeffizienz Tribut, wozu entsprechende Richtwerte vorgegeben werden. Die erneuerbaren Energien sollen durch eine revidierte und etwas marktähnere KEV sowie Einmalvergütungen weiter gefördert werden. Neu werden auch für den Ausbau der Grosswasserkraft Investitionsbeiträge gewährt. Die bestehende Grosswasserkraft, welche ihre Produktion unter Gestehungskosten am Markt absetzen muss, wird zudem befristet durch eine Marktprämie gestützt. [9]



Die Energiestrategie 2050 sieht vor, dass bestehende Kernkraftwerke (im Bild Leibstadt) in der Schweiz vorläufig weiterbetrieben werden dürfen. Neue Rahmenbewilligungen sollen aber keine mehr erteilt werden.

Zur Finanzierung all dieser Massnahmen wird der Netzzuschlag auf max. 2,3 Rp./kWh erhöht. Dieses Förderinstrumentarium ist neu zeitlich begrenzt: Fünf Jahre nach Inkrafttreten werden keine neuen Anlagen mehr in die KEV aufgenommen werden, Investitionsbeiträge werden bis 2030 gewährt, die Marktprämie ist auf fünf Jahre ausgelegt, wobei der Bundesrat bis 2019 ein marktnahes Nachfolgemodell vorlegen muss. Für die Energieeffizienz bleibt das Gebäudeprogramm das zentrale Element und wird zusätzlich gestärkt. Künftig dürften pro Jahr 450 Millionen Franken statt wie heute 300 Millionen Franken aus der CO₂-Abgabe dafür eingesetzt werden. [10]

Energetische Gebäudesanierungen sollen auch mit steuerlichen Anreizen stärker gefördert werden. Steuerabzüge können neu über insgesamt drei Steuerperioden verteilt werden. Zudem können bei Ersatzneubauten die Kosten für den Rückbau des alten Gebäudes abgezogen werden. [11] Ferner kann der Bundesrat Vorgaben zur Einführung intelligenter Mess-, Steuer- und Regelsysteme beim Endverbraucher machen. So kann er die Netzbetreiber dazu verpflichten, Smart Meter zu installieren. [12]

Verzichtet hat das Parlament auf verpflichtende Vorgaben für Elektrizitätsunternehmen, das Stromsparen beim Endverbraucher zu fördern. Hingegen hat das Parlament die Eigenverbrauchsregelung ausgeweitet, sodass diese neu auch die Bildung von Eigenverbrauchsgemeinschaften ermöglicht. Im Gegenzug hat es eine stärkere Gewichtung der Leistungskomponente bei der Netztarifierung beschlossen.

Das Bundesamt für Energie beachtete eine Inkraftsetzung des 1. Massnahmenpakets (vorbehaltlich einer allfälligen Ablehnung durch den Souverän) auf 1. Januar 2018. Aus diesem Grund wartete das BFE auch nicht erst das Ergebnis der Abstimmung ab, sondern gab die notwendigen Verordnungsänderungen bereits am 1. Februar 2017 bei den interessierten Kreisen in die Vernehmlassung.

Verschiedene Arbeitsgruppen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Branchenunternehmen und dem VSE analysieren aktuell die Änderungen auf Verordnungsstufe und bereiten entsprechende Stellungnahmen vor. Auch ohne eine vertiefte Analyse werden die gros-



Die Bemessung der Wasserzinse wird neu geregelt (im Bild die Luzzone-Staumauer in Blenio).

sen Veränderungen auf den ersten Blick deutlich, denn die Energieverordnung wird neu auf drei separate Verordnungen aufgeteilt: Neben der totalrevidierten Energieverordnung soll es künftig auch eine Verordnung über die Förderung der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien (Energieförderungsverordnung; EnFV) sowie eine Verordnung über die Anforderungen an die Energieeffizienz serienmässig hergestellter Anlagen, Fahrzeuge und Geräte (Energieeffizienzverordnung; EnEV) geben.

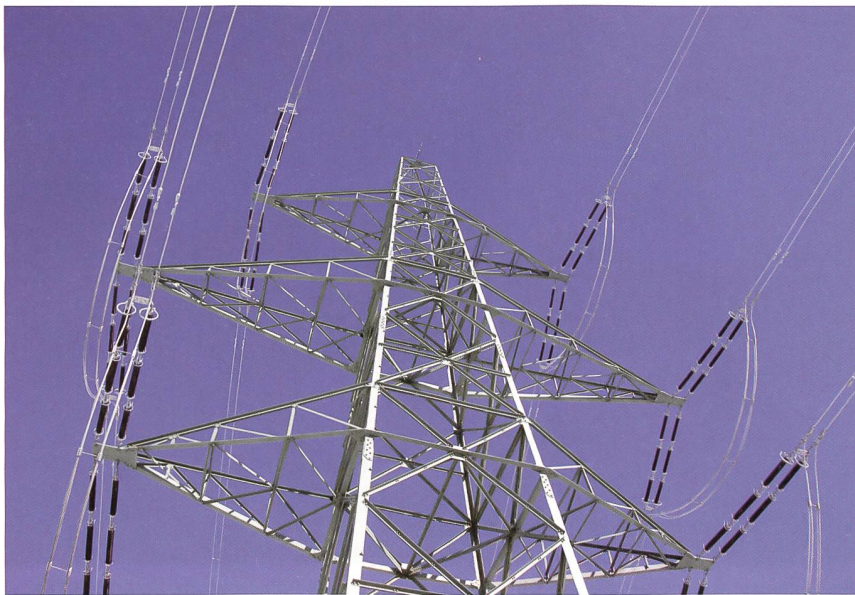
Strategie Stromnetze

Unter dem Begriff «Strategie Stromnetze» sind Änderungen des Elektrizitätsgesetzes und des Stromversorgungsgesetzes zusammengefasst. [13] Kernpunkte sind Vorgaben zur Planung und Optimierung der Stromnetze, Optimierung der Bewilligungsverfahren für Leitungsprojekte, Vorgaben für Entscheid «Kabel oder Freileitung» und die Verbesserung der Akzeptanz von Leitungsprojekten. [14]

Das Geschäft ist zurzeit in der parlamentarischen Beratung, wobei der Ständerat die Vorlage bereits als Erstrat behandelt hat. Erfreulicherweise hat er dabei auch vom VSE eingebrachte, weitergehende Vorschläge aufgenommen: So sollen künftig Anlagen bis 36 kV vom Plangenehmigungsverfahren, das in der Vergangenheit vor allem durch sehr lange Fristen und buchstabenge-treue Auslegung der raumplanerischen

Verhältnisse durch das Bundesamt für Raumentwicklung ARE auf sich aufmerksam gemacht hat, ausgenommen werden. In diesem Zusammenhang ist auch die überaus deutliche Überweisung der Motion Häberli-Koller «Transformatorstationen und andere elektrische Anlagen einfacher ermöglichen» an den Bundesrat als wichtiger Erfolg zu nennen (Ständerat 37:1 Stimmen; Nationalrat 122:57 Stimmen). Sie verlangt, dass Transformatorstationen und andere elektrische Anlagen ausserhalb der Bauzone künftig einfacher, schneller und möglichst kostengünstig erstellt oder den veränderten Anforderungen angepasst werden können.

Zudem hat der Ständerat auch die Gelegenheit ergriffen, die im Rahmen der Strategie Stromnetze erfolgende Revision des StromVG zu nutzen, um die durch den bestens bekannten und an dieser Stelle bereits kommentierten Bundesgerichtsentscheid zu den Energiekosten in der Grundversorgung [15] verursachten Fehlentwicklungen rückgängig zu machen. [16] Art. 6 Abs. 5 StromVG, wonach die Betreiber der Verteilnetze verpflichtet sind, Preisvorteile aufgrund ihres freien Netzzugangs anteilmässig an die festen Endverbraucher weiterzugeben, soll nach dem Willen des Ständerats (Erstrat) ersatzlos gestrichen werden. Das Geschäft befindet sich nun bei der zuständigen Kommission im Nationalrat.



Die Revision des Stromversorgungsgesetzes ist äusserst umfangreich.

Wasserzins

Der Wasserzins ist eine öffentliche Abgabe für das mit der Konzession eingeräumte Sondernutzungsrecht an einem öffentlichen Gewässer, nämlich für das Recht, ein Wasserkraftpotenzial zur Erzeugung von elektrischer Energie zu verwerten. [17] Die Abgabe wurde im Jahr 1916 im «Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte» auf nationaler Ebene verankert und auf Anfang des Jahres 1918 eingeführt.

Die Berechnung des Wasserzinses geht aus Art. 51 Wasserrechtsgesetz (WRG) und den ausführenden Regelungen in der Wasserzinsverordnung (WZV) hervor. Die nach diesen Erlassen ermittelte mechanische Bruttoleistung in Kilowatt multipliziert mit dem jeweiligen kantonalen Wasserzinsansatz ergibt den jährlich zu entrichtenden Wasserzins. Der Wasserzins darf nach Art. 49 Abs. 1 WRG bis Ende 2019 jährlich 110 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung nicht übersteigen. Folglich muss bald eine Gesetzesrevision in Vernehmlassung gegeben werden, in der der Wasserzins ab dem Jahr 2020 definiert werden kann. Das Parlament hat hierzu den Bundesrat 2016 mit einer über ein «einfaches» Wasserzinsmaximum hinausgehenden Neuregelung beauftragt, welche die konkrete Lage der Wasserkraftwerke und die Förderungsmechanismen der Energiestrategie 2050 berücksichtigt. [18]

Der Wasserzins ist im Grundsatz unbestritten, allerdings passt die heutige Regelung nicht mehr zum Marktumfeld. Wegen der teilweisen Liberalisierung können die Wasserkraftproduzenten den Wasserzins nicht mehr beziehungsweise nur noch in geringem Ausmass an die grundversorgten Endverbraucher abwälzen. Es braucht deshalb eine Neuregelung, welche die Interessen sowohl der Standortkantone/-gemeinden als auch der Wasserkraftbetreiber berücksichtigt. Zielführend erscheint eine Flexibilisierung der Wasserzinsen mit einem fixen und einem variablen, marktpreisabhängigen Teil. Zur Vorbereitung und Begleitung dieser anstehenden Gesetzgebungsarbeiten hat die Branche unter dem Dach von Hydrosuisse eine Arbeitsgruppe eingesetzt.¹⁾

Revision StromVG

Bereits kurz nach der Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) hat das BFE die Arbeiten zu einer Totalrevision aufgenommen, diese jedoch wegen der politisch vorrangigeren Energiestrategie 2050 sistiert. 2014 wurden die entsprechenden Arbeitsgruppen wieder eingesetzt und die Revision vorangetrieben, mit dem Ziel, bestehende Lücken im Gesetz zu schliessen sowie neue Regelungen aufgrund der sich wandelnden Rahmenbedingungen in der Strombranche zu prüfen. [19]

Obwohl sich das StromVG grundsätzlich bewährt hat, zahlreiche Rechtsfragen unterdessen durch das Bundesgericht geklärt wurden und punktuelle Optimierungen wohl genügen würden, strebt das Bundesamt für Energie eine Totalrevision an, die in zwei Paketen eingeführt werden soll. Alleine im ersten Paket schlägt das BFE in einem bunten, kaum überschaubaren Strauss Änderungen beziehungsweise neue Regelungen zu Netzentgelten, Wälzvorgaben, Netzkostenbeiträgen, anrechenbaren Betriebskosten, zur Sunshine-Regulierung, zu einem Smart-Grid-Indikator, zur Kostenanerkennung von Netzverstärkungen über SDL, zum Zugriff des BFE auf ElCom-Daten, zur Streichung des Erneuerbaren-Vorrangs bei der Regenergie und des Vorrangs bei der Kapazitätszuteilung im Netz, zur Verbesserung der Liquidität im SDL-Markt, zum grenzüberschreitenden SDL-Austausch, zu ITC-Mindererlösen, zu Flexibilitäten, zur Datensicherheit, zu Arealnetzen, zum Messwesen, zu den Netzanschlussbedingungen für Produzenten und den Netzanschlusskosten für Endverbraucher, zum WAS-Modell respektive zur Ersatzversorgung, zur Abnahme- und Vergütungspflicht nach der vollen Marktöffnung, zur Swissgrid, zum Beschwerderecht der ElCom ans Bundesgericht und zur Versorgungssicherheit vor.

Nach Ansicht des VSE vermag die Argumentation des BFE über die Notwendigkeit einer Gesetzesanpassung bei der Mehrheit der vorgeschlagenen Massnahmen nicht zu überzeugen. Aus Branchensicht ist eine Legiferierung auf Vorrat nicht sinnvoll, weshalb der VSE die Totalrevision des StromVG ablehnen wird.

Weitere Vernehmlassungen und Parlamentsgeschäfte

2017 steht auch die Vernehmlassung zu einer Revision der Mehrwertsteuerverordnung an, mit welcher die 2016 vom Parlament verabschiedete Gesetzesrevision konkretisiert wird. [20] Zudem tritt das Sachplanverfahren geologische Tiefenlager im zweiten Halbjahr 2017 mit der Vernehmlassung zur zweiten Etappe in eine wichtige Phase: Zum Ende dieser zweiten Etappe werden die in Frage kommenden Standortgebiete für ein geologisches Tiefenlager auf je zwei für

schwach- und mittelaktive Abfälle einerseits und für hochaktive Abfälle andererseits eingegrenzt.

In der zweiten Jahreshälfte 2017 dürfte zudem der Startschuss zu weiteren, für die Branche relevanten Parlamentsgeschäften fallen: Der Bundesrat wird die Botschaften vorlegen zur Klimapolitik der Schweiz nach 2020 (inklusive Totalrevision des CO₂-Gesetzes), zur 2. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (insbesondere Optimierung der Bestimmungen über das Bauen ausserhalb der Bauzone) und zur Revision des Fernmeldegesetzes (insbesondere Zugang zu passiver Infrastruktur).

Durchatmen zwischen den Revisionen täte Not

Wenn etwas in der Strombranche gleich bleibt, dann ist es der Wandel. Allerdings ist es bisweilen schwierig, gerade auch für kleinere Elektrizitätsversorgungsunternehmen, sämtliche Ände-

rungen im Blick zu behalten, insbesondere, wenn die Kadenz der Neuerungen weiterhin so hoch bleibt. Es ist zu wünschen, dass künftig den Unternehmen mehr Zeit gewährt wird, um sich an rechtliche Neuerungen zu gewöhnen und nicht wie nach dem im Sport verbreiteten Sprichwort «nach dem Spiel ist vor dem Spiel» eine Revision an die nächste gehängt wird.

Referenzen

- [1] www.admin.ch/opc/de/stats/in-force/index.html.
- [2] Bulletin 3/2017.
- [3] www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html.
- [4] vgl. Art. 17c Energiegesetz gemäss Schlussabstimmungstext.
- [5] Medienmitteilung des Bundesamtes für Justiz vom 21. Dezember 2016.
- [6] www.bk.admin.ch/aktuell/media/03238/index.html?lang=de&msg-id=65468.
- [7] vgl. Bundesamt für Energie, Chronologie Energiestrategie 2050.
- [8] vgl. Art. 12 Kernenergiegesetz gemäss Schlussabstimmungstext.
- [9] vgl. Art. 30 Energiegesetz gemäss Schlussabstimmungstext.
- [10] siehe auch Artikel im Tages-Anzeiger vom 4. Dezember 2015 (abrufbar unter <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/Mehr-Geld-fuer-Gebaeudesanierung/story/23959100>).

- [11] vgl. Art. 32 Abs. 2 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer gemäss Schlussabstimmungstext.
- [12] vgl. Art. 17a ff. Energiegesetz gemäss Schlussabstimmungstext.
- [13] Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze.
- [14] Medienmitteilung des Bundesamts für Energie BFE vom 13. April 2016.
- [15] BGer-Urteil 2C_681/2015, 2C_682/2015 vom 20. Juli 2016.
- [16] vgl. auch Artikel in der NZZ vom 8. Dezember 2016 (abrufbar unter <https://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/stromnetze-strategie-bis-zur-steckdose-id.133553>).
- [17] Ruedi Sigg, Werner Röthlisberger, Der Wasserzins – die wichtigste Abgabe auf der Wasserkraftnutzung in der Schweiz, in: Berichte des BWG, Serie Wasser, Nr. 3, Bern 2002, S. 5.
- [18] vgl. überwiesene Motion «Wasserzinsregelung nach 2019».
- [19] www.bfe.admin.ch/themen/00612/00613/04787/index.html?lang=de.
- [20] Vernehmlassung bereits eröffnet (vgl. <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>).



Autor

Francis Beyeler ist Leiter Recht beim VSE.
→ VSE, 5001 Aarau
→ francis.beyeler@strom.ch

Der Autor dankt Cornelia Abouri, Senior Expertin Public Affairs beim VSE, und Niklaus Mäder, Senior Experte Regulierung beim VSE, für die kritische Durchsicht des Artikels.

1) Siehe auch Sonderdruck «Wasserzins» auf www.strom.ch/wasserzins

Branchenlösungen zu Netztechnik

Jetzt bestellen und profitieren!

NEPLAN®DACH – Beurteilungssoftware für Netzzurückwirkungen

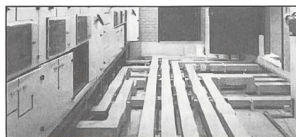
Die Software ermöglicht die professionelle Beurteilung von Netzzurückwirkungen durch Verbraucher- und Erzeugeranlagen.
www.strom.ch/neplan

NeDisp® – Der Qualitätsausweis für Ihren Netzbetrieb

Mit der Software werden die Verfügbarkeitskennzahlen (SAIDI, CAIDI, SAIFI) ermittelt und Auswertungen lassen sich einfach erstellen.
www.strom.ch/nedisp

NeQual® – Power Quality Monitoring EN 50160

Software zur Auswertung von Spannungsqualitätsmessungen. Der Regulator (ECom) empfiehlt den Verteilnetzbetreibern die Teilnahme am Programm NeQual!
www.strom.ch/nequal



LANZ HE-Stromschienen zur sicheren Stromübertragung und -verteilung IP 68 Giessharvergossen 400 A – 6000 A

Die weltbeste Stromschiene. 100 % korrosionsfest. 3-fach geprüft: 1. auf Erdbebensicherheit SIA 261 (EMPA), 2. auf Schockwiderstand 1 bar (ACS) und 3. auf Funktionserhalt 90 Min. (Erwitte). Brandgeschützt. EN / IEC typengeprüft. Geprüfte Abschirmung für höchste EMV-Ansprüche (1 Microtesla in 1 m Abstand). Auch mit 200 % Neutralleiter. Anschlussköpfe standard oder nach Kundenspezifikation. Extrem kurze Planungs- und Produktionstermine.

● Speziell empfohlen zur Verbindung Trafo-Hauptverteilung in Verwaltungsgebäuden, Rechenzentren und Spitälern, zum Einsatz in Kraftwerken, Kehrlichtverbrennungs-, Abwasserreinigungs- und Aussenanlagen. ISO-9001-zertifiziert.

Sehr kurze Planungs-, Produktions- und Montagetermine. Preis günstig. Qualität top. Zuverlässig: LANZ nehmen. **lanz oensingen ag**
4702 oensingen Tel. 062 388 21 21



lanz oensingen ag
CH-4702 Oensingen Südringstrasse 2
www.lanz-oens.com info@lanz-oens.com
Tel. ++41/062 388 21 21 Fax ++41/062 388 24 24

Législation fédérale: quels changements?

Nouveautés pour le secteur électrique - Partie II | Quelles sont les lois qui changent ou pourraient changer en 2017? Deuxième partie de l'aperçu.

TEXTE FRANCIS BEYELER

Au 1^{er} janvier 2017, quelque 360 modifications de lois et d'ordonnances sont entrées en vigueur à l'échelon fédéral. [1] Le secteur de l'énergie n'est toutefois concerné que par quelques changements minimes, qui ont été traités dans une première partie. [2] Néanmoins, en termes législatifs, l'année 2017 pourrait marquer un tournant pour la branche: en effet, des décisions déterminantes se préparent, par exemple la votation populaire sur le premier volet de mesures de la Stratégie énergétique 2050 ou les décisions des Chambres fédérales sur la Stratégie Réseaux électriques. C'est pourquoi nous jetons, dans cette deuxième partie, un regard sur l'avenir proche et en éclairons brièvement, dans l'ordre chronologique, les principaux jalons qui seront prochainement posés.

Révision totale de la Loi sur la protection des données

À la fin de l'année dernière, la révision totale de la Loi sur la protection des données a été envoyée en consultation auprès des milieux intéressés. [3] La branche est directement concernée car, dans le cadre du premier volet de mesures de la Stratégie énergétique 2050, il est désormais établi dans la Loi sur l'énergie que la Loi sur la protection des données s'applique au traitement des données en lien avec des systèmes de mesure, de commande ou de réglage intelligents. [4] D'une part, le projet doit éliminer les défauts de la Loi sur la protection des données qui ont résulté de l'évolution technologique fulgurante; d'autre part, la révision doit tenir compte des évolutions au niveau du Conseil de l'Europe et de l'Union européenne. [5] Un groupe de travail composé de juristes travaillant pour des entreprises de la branche analyse actuellement les nombreuses

modifications, en particulier les obligations imposées aux entreprises, et prépare une prise de position à l'intention de la Confédération. Parallèlement, un groupe de travail technique interne à l'AES planche sur une recommandation de la branche sur la sécurité des données pour les smart meters.

Stratégie énergétique 2050

Le référendum ayant abouti, le peuple votera sur le premier volet de mesures de la Stratégie énergétique 2050 le 21 mai 2017. [6] La Stratégie énergétique 2050, dont le signal de départ a été donné par le Conseil fédéral douze jours après la catastrophe des réacteurs de Fukushima, le 11 mars 2011, contient principalement des modifications de la Loi sur l'énergie. Étant donné qu'elle a déjà été souvent thématifiée, nous ne listerons ici que les principaux repères. [7] L'élément central est tout d'abord l'exploitation des centrales nucléaires

existantes. Celles-ci peuvent rester connectées au réseau aussi longtemps que l'IFSN atteste la sûreté de leur exploitation, mais aucune nouvelle autorisation générale de construction de centrales ne peut être octroyée. [8]

En outre, la loi reflète la volonté de renforcer la contribution des énergies renouvelables à l'approvisionnement en électricité et d'améliorer l'efficacité, pour lesquelles des valeurs indicatives correspondantes ont été données. Les énergies renouvelables doivent continuer d'être promues grâce à une RPC revue et plus proche du marché ainsi qu'à des rétributions uniques. Nouveauté: des contributions d'investissement sont également allouées au développement de la grande hydraulique. La grande hydraulique existante, qui doit céder sa production sur le marché en dessous des coûts de revient, est par ailleurs soutenue par une prime de marché, limitée dans le temps. [9]



La Stratégie énergétique 2050 prévoit que les centrales nucléaires existantes en Suisse (ici, Leibstadt) puissent continuer d'être exploitées pour le moment. Toutefois, aucune nouvelle autorisation générale ne doit plus être octroyée.

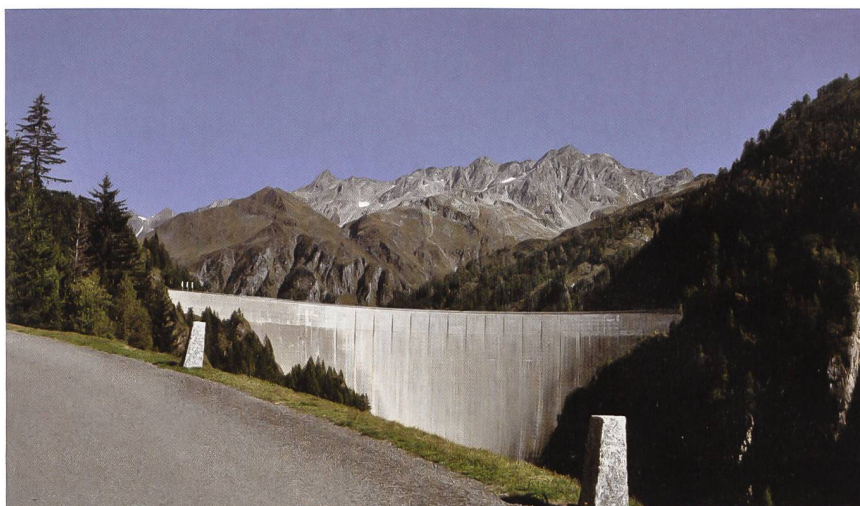
Pour financer toutes ces mesures, le supplément réseau augmentera pour atteindre au maximum 2,3 ct./kWh. Cet instrument d'encouragement est désormais limité dans le temps: cinq ans après son entrée en vigueur aucune nouvelle installation ne pourra plus être acceptée dans la RPC; les contributions d'investissement sont versées jusqu'en 2030; la prime de marché est prévue pour cinq ans, le Conseil fédéral étant chargé de présenter un modèle subséquent proche du marché d'ici à 2019. Le programme Bâtiments, élément central pour l'efficacité énergétique, sera encore renforcé. À l'avenir, 450 millions de francs par an au lieu des 300 millions actuels, provenant de la taxe sur le CO₂, devraient être utilisés pour cela. [10]

Les assainissements énergétiques de bâtiments doivent aussi être plus fortement encouragés par des incitations fiscales. Les déductions fiscales peuvent maintenant être réparties sur trois périodes fiscales au total. De plus, les frais de démolition en vue d'une nouvelle construction de remplacement peuvent être déduits. [11] Par ailleurs, le Conseil fédéral peut édicter des prescriptions concernant l'introduction de systèmes de mesure de commande et de réglage intelligents installés chez le consommateur final. Ainsi, il peut obliger les exploitants de réseau à installer des smart meters. [12]

Le Parlement a renoncé à édicter des prescriptions contraignant les entreprises électriques à promouvoir les économies d'électricité auprès des consommateurs finaux. En revanche, le Parlement a étendu la réglementation de la consommation propre, de sorte que celle-ci permet désormais également la constitution de communautés d'autoconsommateurs. En contrepartie, il a décidé de pondérer plus fortement la composante de puissance dans la tarification du réseau.

L'Office fédéral de l'énergie envisage de faire entrer en vigueur le premier volet de mesures (sauf éventuel refus par le souverain) au 1^{er} janvier 2018. C'est pour cela que l'OFEN n'a pas non plus attendu le résultat de la votation pour mettre en consultation les modifications nécessaires des ordonnances auprès des milieux intéressés dès le 1^{er} février 2017.

Différents groupes de travail composés de représentants des entreprises de



Le calcul de la redevance hydraulique fait l'objet d'une nouvelle réglementation (ici, le barrage de Luzzone, à Blenio).

la branche et de l'AES analysent actuellement les modifications au niveau des ordonnances et préparent les prises de position correspondantes. Même sans analyse approfondie, les grands changements sautent aux yeux, car l'Ordonnance sur l'énergie est désormais séparée en trois ordonnances distinctes: l'Ordonnance sur l'énergie elle-même, révisée en totalité, est complétée par une ordonnance sur l'encouragement de la production d'électricité issue d'énergies renouvelables (OEnER) ainsi que par une ordonnance sur les exigences relatives à l'efficacité énergétique d'installations, de véhicules et d'appareils fabriqués en série (ordonnance sur les exigences relatives à l'efficacité énergétique; OEEE).

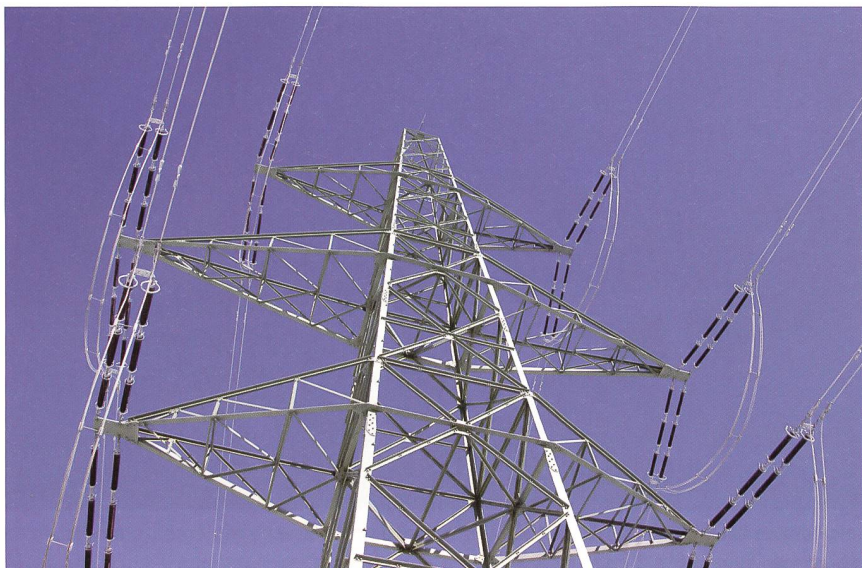
Stratégie Réseaux électriques

Le terme «Stratégie Réseaux électriques» regroupe les modifications de la Loi sur les installations électriques et de la Loi sur l'approvisionnement en électricité. [13] Ses quatre aspects essentiels sont les règles d'optimisation et de planification des réseaux électriques suisses, l'optimisation des procédures d'autorisation pour les projets de lignes, les règles régissant le choix entre lignes souterraines et lignes aériennes et une amélioration de l'acceptation des projets de lignes. [14]

L'objet se trouve actuellement en délibération parlementaire, le Conseil des États ayant déjà traité le projet en tant que conseil prioritaire. Fait réjouissant: celui-ci a également repris des propositions apportées par l'AES, qui

vont plus loin: ainsi, les installations de moins de 36 kV doivent à l'avenir être exemptées de la procédure d'approbation des plans, qui s'est fait remarquer par le passé notamment par de très longs délais et par l'interprétation à la lettre des conditions-cadre d'aménagement du territoire par l'Office fédéral du développement territorial (ARE). Dans ce contexte, citons également comme réussite importante la transmission au Conseil fédéral, de la motion Häberli-Koller «Faciliter la construction et la modification de stations de transformation et d'autres installations électriques» à une très nette majorité (Conseil des États 37:1 voix; Conseil national 122:57 voix). Cette motion demande que des stations de transformation et d'autres installations électriques puissent être construites, ou modifiées en fonction de nouvelles exigences, plus facilement, plus rapidement et à un coût aussi avantageux que possible en dehors de la zone à bâtir.

De plus, le Conseil des États a également saisi l'opportunité d'utiliser, dans le cadre de la Stratégie Réseaux électriques, la révision de la LAPeI en cours pour revenir sur les développements inopportuns occasionnés par l'arrêt du Tribunal fédéral bien connu, déjà commenté ici, concernant les coûts de l'énergie dans l'approvisionnement de base [15, 16]. L'art. 6, al. 5 LAPeI, selon lequel les gestionnaires de réseau de distribution sont tenus de répercuter proportionnellement sur les consommateurs captifs le bénéfice qu'ils tirent du libre accès au réseau, doit, selon la



Réviser la Loi sur l'approvisionnement en électricité est un travail de grande ampleur.

volonté du Conseil des États (conseil prioritaire), être purement et simplement supprimé. L'objet est maintenant traité par la commission compétente du Conseil national.

Redevance hydraulique

La redevance hydraulique est une taxe publique grevant le droit d'usage particulier d'un cours d'eau public inscrit dans la concession, c'est-à-dire le droit de mettre en valeur un potentiel hydroélectrique en vue de produire de l'électricité. [17] Elle a été ancrée en 1916 dans la « Loi fédérale sur l'utilisation des forces hydrauliques » au niveau national, et introduite au début de l'année 1918.

Le calcul de la redevance hydraulique résulte de l'art. 51 de la Loi sur les forces hydrauliques (LFH) et des réglementations d'exécution figurant dans le Règlement concernant le calcul des redevances en matière de droits d'eau (RDE). La redevance hydraulique à verser annuellement correspond à la puissance brute en kilowatts calculée mécaniquement – d'après ces actes –, multipliée par le taux de la redevance hydraulique cantonale. Conformément à l'art. 49, al. 1 LFH, la redevance hydraulique ne doit pas dépasser 110 francs par kilowatt de puissance brute, annuellement, d'ici à fin 2019. Par conséquent, une révision de la loi qui pourra définir la redevance hydraulique à partir de 2020 doit bientôt être mise en consultation. À ce sujet, en 2016, le Parlement a chargé le Conseil

fédéral d'élaborer une nouvelle réglementation allant au-delà d'un « simple » plafond de la redevance hydraulique, qui tient compte de la situation concrète des centrales hydrauliques et des mécanismes d'encouragement de la Stratégie énergétique 2050. [18]

La redevance hydraulique est contestée sur le principe, mais la réglementation actuelle ne convient plus à l'environnement de marché. La libéralisation partielle ne permet plus aux producteurs hydrauliques de répercuter les coûts de la redevance hydraulique sur les consommateurs finaux à l'approvisionnement de base, ou seulement dans une faible mesure. C'est pourquoi il faut une nouvelle réglementation qui prenne en compte les intérêts tant des cantons et communes d'implantation que des exploitants de centrales hydrauliques. Une flexibilisation de la redevance hydraulique, avec une part fixe et une part variable dépendante du prix du marché, semble pertinente. Pour préparer et accompagner ces travaux législatifs à venir, la branche a constitué un groupe de travail sous la houlette de Hydrosuisse.¹⁾

Révision de la LApEl

Peu après l'entrée en vigueur de la Loi sur l'approvisionnement en électricité (LApEl), l'OFEN avait entamé les travaux visant à la réviser totalement, mais a dû les suspendre en raison de la priorité politique donnée à la Stratégie énergétique 2050. En 2014, les groupes de travail concernés ont été réactivés et

les travaux de révision ont repris, avec pour objectif de combler les lacunes de la loi et d'étudier l'utilité de nouvelles réglementations sur la base des conditions-cadre en mutation dans la branche électrique. [19]

Bien que la LApEl ait fondamentalement fait ses preuves, que de nombreuses questions juridiques aient entre-temps été clarifiées par le Tribunal fédéral et que de simples optimisations ponctuelles suffiraient, l'Office fédéral de l'énergie aspire à une révision totale devant être introduite en deux volets. À lui seul, le premier volet contient tout un ensemble bigarré, relativement confus, de modifications ou de nouvelles réglementations proposées par l'OFEN, sur les thèmes les plus variés: rémunération du réseau, prescriptions en matière de report des coûts, contributions aux coûts du réseau, coûts d'exploitation imputables, régulation Sunshine, indicateur Smart Grid, reconnaissance des coûts des renforcements du réseau via les services-système (SDL), accès de l'OFEN aux données de l'ElCom, suppression de la priorité aux énergies renouvelables pour l'énergie de réglage et de la priorité dans la répartition des capacités dans le réseau, amélioration de la liquidité sur le marché SDL, échange de services-système transfrontaliers, manques à gagner dus à l'ITC, flexibilités, sécurité des données, réseaux de faible envergure, système de mesure, conditions de raccordement au réseau pour les producteurs et coûts de raccordement au réseau pour les consommateurs finaux, modèle MAG, approvisionnement de remplacement, obligation de reprise et de rétribution après l'ouverture complète du marché, Swissgrid, droit de recours de l'ElCom au Tribunal fédéral, ou encore sécurité d'approvisionnement.

De l'opinion de l'AES, l'argumentation de l'OFEN sur la nécessité d'une adaptation de la loi ne parvient pas à convaincre pour la plupart des mesures proposées. La branche est d'avis que légiférer « pour couvrir toute éventualité » n'est pas judicieux; l'AES rejettera donc la révision totale de la LApEl.

Autres consultations et affaires parlementaires prévues en 2017

L'année 2017 verra également la consultation sur une révision de l'Ordonnance régissant la taxe sur la valeur ajoutée,

qui concrétisera la révision de la loi votée par le Parlement en 2016. [20] De plus, la procédure du plan sectoriel « Dépôts en couches géologiques profondes » entrera au deuxième semestre 2017 dans une phase importante, avec la consultation sur la deuxième étape: au terme de celle-ci, le nombre de domaines d'implantation envisageables pour un dépôt en profondeur sera limité à deux pour les déchets faiblement ou moyennement radioactifs d'une part, et à deux pour les déchets hautement radioactifs d'autre part.

Au cours du deuxième semestre 2017, le coup d'envoi d'autres affaires parlementaires importantes pour la branche devrait également être donné: le Conseil fédéral déposera les messages relatifs à la politique climatique de la Suisse après 2020 (y compris la révision totale de la Loi sur le CO₂), à la deuxième étape de la révision de la Loi sur l'aménagement du territoire (en particulier l'optimisation des dispositions sur les constructions hors des zones à bâtir) et à la révision de la Loi sur les télécommunications (en particulier l'accès à l'infrastructure passive).

Respirer profondément entre les révisions: un besoin urgent

Si une chose est constante dans la branche électrique, c'est bien le changement. Toutefois, il est parfois difficile, a fortiori pour les plus petites entreprises d'approvisionnement en électricité, de garder un œil sur l'ensemble des modifications, en particulier lorsque la cadence des nouveautés reste aussi élevée. Il est souhaitable qu'à l'avenir, les entreprises se voient accorder davantage de temps pour se familiariser avec les nouveautés juridiques, au lieu de devoir sauter, sans répit, d'une révision à l'autre.

Références

- [1] www.admin.ch/opc/fr/stats/in-force/index.html.
- [2] Bulletin 3/2017.
- [3] www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html.
- [4] Cf. art. 17c de la Loi sur l'énergie, selon texte du vote final.
- [5] Cf. à ce sujet le communiqué de l'Office fédéral de la justice du 21 décembre 2016.
- [6] www.bk.admin.ch/aktuell/media/03238/index.html?lang=fr&msg-id=65468.
- [7] Cf. Office fédéral de l'énergie, chronologie de la Stratégie énergétique 2050.
- [8] Cf. art. 12 de la Loi sur l'énergie nucléaire, selon texte du vote final.
- [9] Cf. art. 30 de la Loi sur l'énergie, selon texte du vote final.

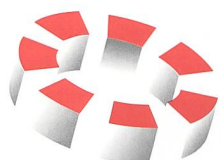
- [10] Voir aussi article dans le Tagesanzeiger du 4 décembre 2015 (consultable ici, en allemand: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/Mehr-Geld-fuer-Gebaeudesanierung/story/23959100>).
- [11] Cf. art. 32, al. 2 de la Loi fédérale sur l'impôt fédéral direct, selon texte du vote final.
- [12] Cf. art. 17a ss. de la Loi sur l'énergie, selon texte du vote final.
- [13] Loi fédérale sur la transformation et l'extension des réseaux électriques.
- [14] Cf. à ce sujet le communiqué de l'Office fédéral de l'énergie OFEN du 13 avril 2016.
- [15] Arrêt du TF 2C_681/2015, 2C_682/2015 du 20 juillet 2016.
- [16] Cf. aussi article dans la NZZ du 8 décembre 2016 (consultable ici, en allemand: <https://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/stromnetze-strategie-bis-zur-steckdose-id133553>).
- [17] Ruedi Sigg, Werner Röhthlisberger, La redevance hydraulique - principale taxe frappant l'utilisation de la force hydraulique en Suisse, in: Rapports de l'OFEG, série Eaux n° 3 - Berne 2002, p. 5.
- [18] Cf. motion transmise « Réglementation des redevances hydrauliques après 2019 ».
- [19] www.bfe.admin.ch/themen/00612/00613/04787/index.html?lang=fr.
- [20] Consultation déjà lancée (cf. <https://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>).



Auteur

Francis Beyeler est Responsable droit de l'AES.
→ AES, 5001 Aarau
→ francis.beyeler@strom.ch

L'auteur remercie Cornelia Abouri, Spécialiste Senior Affaires publiques à l'AES, et Niklaus Mäder, Spécialiste Senior Régulation à l'AES, pour leur révision critique de l'article.
1) Voir aussi le tiré-à-part « redevance hydraulique » sur www.electricite.ch/redevancehydraulique



GEBÄUDETECHNIK KONGRESS 2017

Building Lifecycle Excellence

Innovation
und Performance Gap

05.10.2017 – KKL Luzern

Träger

sia

schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
société suisse des ingénieurs et des architectes
società svizzera degli ingegneri e degli architetti
swiss society of engineers and architects



Patronat

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Bundesamt für Energie BFE

Host

Luzerne University of Applied Sciences and Arts
**HOCHSCHULE
LUZERN**
Technik & Architektur



**Energie-Tage
St. Gallen**
11.–12. Mai 2017

Die Energie-Tage sind eine Wissens- und Community-Plattform rund um die Energiewende. Auf dem Gelände der Olma Messen St.Gallen treffen sich Fachleute aus dem In- und Ausland.

www.energie-tage.ch

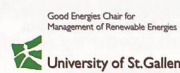
**5. Energiekonzept-Kongress
«Mit Innovationen in die
Zukunft»**

Donnerstag, 11. Mai 2017
www.energiekonzeptkongress.ch



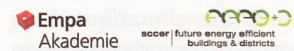
**#REMforum 2017 –
8. St.Galler Forum
für Management
Erneuerbarer Energien**

Donnerstag/Freitag, 11./12. Mai 2017
www.REMforum.ch

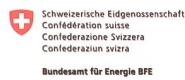


**3. Fachkongress
Energie + Bauen**

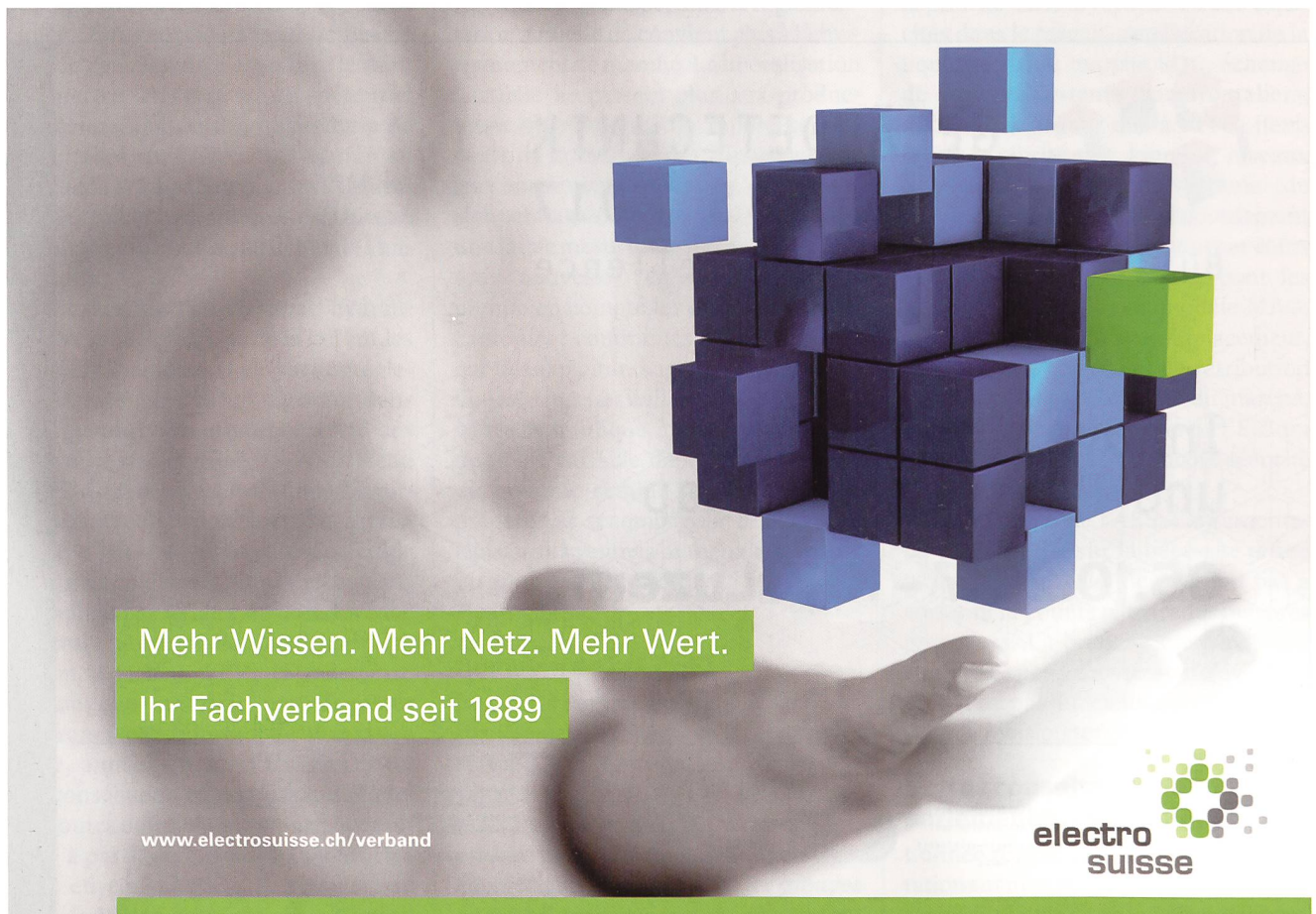
Freitag, 12. Mai 2017
www.empa-akademie.ch/eub



Mit Unterstützung von



Veranstalter und Organisator



Mehr Wissen. Mehr Netz. Mehr Wert.

Ihr Fachverband seit 1889

www.electrosuisse.ch/verband

